

## Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 15/2022

25. Oktober

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freunde,

die Ampel tut alles dafür, um die hohen Energiepreise für die Bürger:innen und Unternehmen abzufedern. Wir lassen niemanden allein. Uns als SPD-Bundestagsfraktion kommt es vor allem darauf an, diejenigen zu entlasten, die es am dringendsten brauchen: Geringverdiener:innen, Rentner:innen, Familien, Alleinerziehende, Azubis und Studierende.

Mit fast 100 Milliarden Euro finanzieren wir bereits jetzt Entlastungen für die Haushalte in Form von steuerlichen Maßnahmen und Direktzahlungen. Diese Entlastungen haben wir in den vergangenen Wochen und Monaten beschlossen und zügig umgesetzt. Wir haben im Bundestag gerade die Zahlung einer Energiepreispauschale für Rentner:innen sowie einen weiteren Heizkostenzuschuss beschlossen. Den ersten Heizkostenzuschuss gab es im Frühjahr. Mit mindestens 415 Euro wird der Heizkostenzuschuss II die Mehrkosten in der anstehenden Kälteperiode für Wohngeldbezieher:innen bestmöglich abfedern. Niemand soll Angst haben müssen, seine Heizkosten nicht bezahlen zu können!

Wir werden aber auch strukturell an die hohen Energiepreise herangehen. Wir werden Zufallsgewinne von Energieunternehmen abschöpfen und der Gesellschaft zurückgeben, um damit eine Strompreispause zu finanzieren. Parallel spannen wir einen Abwehrschirm gegen die Folgen des Krieges auf. Der Schirm umfasst 200 Milliarden Euro – viel Geld, mit dem wir unter anderem eine Gaspreispause, eine Einmalzahlung für Haushalte sowie wirtschaftliche Hilfen für Unternehmen finanzieren wollen. Dabei müssen wir im Blick behalten, wie mit Härtefällen umgegangen werden kann.

Unser Bundeskanzler Olaf Scholz hat darüber hinaus entschieden, dass drei Atomkraftwerke bis maximal Mitte April 2023 am Netz bleiben können. Eine vollständige Rückkehr zur Nutzung von Atomenergie lehnen wir aber entschieden ab. Wir müssen vielmehr die Erneuerbaren Energien noch fokussierter auszubauen. Nur sie machen uns unabhängig von fossiler und russischer Energie. Wir benötigen sie aber auch für die sozial-ökologische Transformation, die wir gemeinsam als Koalition vorantreiben wollen.

In der Ukraine führt Russland seinen völkerrechtswidrigen Krieg unvermindert fort. Die Schein-Referenden Russlands in den annektierten Gebieten waren eine Farce. Das sieht auch die große Mehrheit der internationalen Staatengemeinschaft so: 143 der 193 Staaten in der Generalversammlung der Vereinten Nationen haben die Annexion verurteilt und die Ergebnisse der Scheinreferenden nicht anerkannt. Die Raketenangriffe auf ukrainische Städte sowie die jüngste Teilmobilisierung zeigen, dass Putin und sein innerer Machtzirkel stark unter Druck stehen. Zugleich verdeutlichen sie aber auch: Moskau ist gewillt, den Krieg weiter zu eskalieren. Darauf müssen Deutschland und seine internationalen Partner klug und besonnen reagieren. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine und unterstützen das Land humanitär, finanziell und militärisch.

Im Iran gehen viele Frauen und Männer weiterhin auf die Straße, um für ihre Rechte einzutreten. Wir verurteilen das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte und die willkürliche Verhaftung von Menschen, die ihr Recht auf Versammlungsfreiheit wahrnehmen. Deutschland und seine internationalen Partner dürfen nicht wegschauen. Im Gegenteil: die EU hat Sanktionen – unter anderem gegen die so genannte Sittenpolizei – auf den Weg gebracht. Frauen- und Menschenrechte sind elementare Werte der Sozialdemokratie. Deren Missachtung darf nicht folgenlos bleiben. Wir als SPD-Bundestagsfraktion werden uns auch weiterhin für Frauen- und Menschenrechte stark machen – im Iran und weltweit.

Viel Spaß beim Lesen.



Euer Johannes



### Inhaltsverzeichnis

- Seite 2 — Tag der kleinen Forscher in Lüntorf  
— Vorlesetag im Kindergarten Bisperode
- Seite 3 — Debattenkonvent der SPD
- Seite 4 — Podiumsdiskussion „Jugend in Osteuropa“  
— Solidarität mit den Friedensprotesten im Iran
- Seite 5 — Themenüberblick Bundestag
- Seite 6 — Besuchergruppen in Berlin

Ihr findet mich auch bei:



## TAG DER KLEINEN FORSCHER IM WALDKINDERGARTEN IN LÜNTORF



Auch wenn der Termin schon einige Zeit her ist, möchte ich trotzdem gern davon berichten: Auch ich setze mich immer wieder gerne für das Recht auf gute und vor allem frühe MINT-Bildung für alle Kinder – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Einkommen ihrer

Eltern ein. Unter dem Dach „MINT-Bildung“ werden sowohl Unterrichts- und Studienfächer als auch Berufe zusammengefasst, die zu den Fachbereichen **Mathematik**, **Informatik**, **Naturwissenschaft** und **Technik** zählen. Mit dem bundesweiten „(Mitmach-) Tag der kleinen Forscher“ werden in Kitas, Horten und Grundschulen verschiedene Projekte und Aktionen angeboten, die aus den Bereichen MINT und zum Thema Nachhaltigkeit stammen. Mit riesengroßer Begeisterung habe ich in diesem Jahr Lena Kasten und ihre Waldkindergartengruppe „Mondfüchse“ in Lüntorf besucht, um am „Tag der kleinen Forscher“ einen ganzen Vormittag mit der Gruppe im Wald zu verbringen. Unter dem Motto „Geheimnisvolles Erdreich – die

Welt unter unseren Füßen“ habe ich mit den Kindern der Wald-Kita ausgerüstet mit Schaufel, Lupe und natürlich mit Händen und Füßen den Erdboden im Wald erkundet, erlebt und zum Forschen genutzt. Wir haben so die wichtigsten Funktionen des Erdbodens kennengelernt und dabei erfahren, wie wichtig er für unser gemeinsames Leben ist. Ein toller Tag, trotz der Zeckenzeit, zum gemeinsamen entdeckenden und forschenden Lernen.



## VORLESETAG IN DER KITA BISPERODE



Auch den bundesweiten Vorlese- tag, der im Frühjahr ausfallen musste, habe ich im Sommer noch

nachgeholt. Die Kita-Leiterin Anke Schnüll von der Kita & Krippe Peter und Paul in Bisperode hatte mich angeschrieben und auf Schwierigkeiten betreffend der Umsetzung des neuen Kita-Gesetzes hingewiesen. So konnte ich mich mit ihr zum Mangel an Erzieher:innen und der schwierigen Umsetzbarkeit der dritten Kitakraft austauschen. Dafür hat das Land mittlerweile zurecht auch eine längere Übergangslösung beschlossen. Gelesen habe ich dann aus einem wunderbaren Buch über Freundschaften: „Wir sind Freunde, ich und Du!“ Es ist immer wieder schön, in den Kitas und Grundschulen vorzulesen und dabei zu beobachten, wie die Kinder gespannt und konzentriert lau-

schen. Der nächste Vorlese- tag ist übrigens wieder am 18. November. Mal gucken, wo ich in meinem Wahlkreis dann mal vorbeischaue.



## DEBATTENKONVENT AM 05./06. NOVEMBER 2022



# KLIMAGERECHTE WIRTSCHAFT



# FACHKRÄFTESICHERUNG



# DIGITALE SOUVERÄNITÄT



# ZEITENWENDE

AUS VERÄNDERUNG MACHEN  
WIR FORTSCHRITT.

Digitalisierung, der Kampf gegen den Klimawandel, die Zeitenwende in der internationalen Ordnung: Wir brechen auf in eine Zukunft, die anders wird. Vielen macht das Sorge, manchen auch Angst, alle haben Fragen. Der SPD-Debattenkonvent 2022 gibt Antworten. Mach mit und entwickle mit uns Ideen, die unsere Gesellschaft und Wirtschaft stark machen für das 21. Jahrhundert und uns allen Sicherheit und Halt bieten. Deutschland packt das. Mit sozialer Politik für Dich. Ihr

könnt online oder in Berlin vor Ort dabei sein und mitdiskutieren. Mehr als 150 Impulspapiere sind zu den Bereichen Klimagerechte Wirtschaft, Digitale Souveränität, Fachkräftesicherung, Zeitenwende und weiteren Themen eingereicht worden.

Die vielen darin enthaltenen guten Ideen, Analysen und Vorschläge werden nun in unseren

Transformationsprogrammprozess für den Bundesparteitag 2023 einfließen.

Wir fangen schon am Debattenkonvent am 5. November 2022 damit an, sie zu diskutieren. Darauf bauend wollen wir sozialdemokratische Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Zeit entwickeln. Die Themen klimagerechte Wirtschaft, Fachkräftesicherung, Digitales und Zeitenwende werden in vielen Foren, auch online diskutiert. Viele interessante Diskussionsteilnehmer, u.a. Olaf Scholz, Lars Klingbeil und Saskia Esken nehmen am Debattenkonvent teil und erarbeiten mit Euch die wichtigen Themen dieser Zeit.

Hier könnt findet Ihr die Anmeldung:

[debattenkonvent.spd.de](https://debattenkonvent.spd.de)



## PODIUMSDISKUSSION DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG ZUM THEMA „JUGEND IN OSTEUROPA“

Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung habe ich an einer Diskussionsrunde zum Thema Jugend in Osteuropa und wie man eine neue Generation ansprechen und einbinden kann, teilgenommen. Gemeinsam mit meinem Bundestagskollegen Fabian Funke, sowie Ekaterina Schulmann und Pavel Grabchikov haben wir vor allem über die jungen Menschen in Belarus und Russland, aber auch in anderen Osteuropäischen Ländern, wie Polen oder Georgien gesprochen.

Ein zentrales Thema waren dabei die Protestbewegungen in Belarus und Russland, bei denen sich viele junge Menschen beteiligt haben, um gegen ihre Regierung oder das Regime in ihrem



Land zu protestieren und dagegen, wie diese vorgehen. Außerdem haben wir diskutiert, wie man der Jugend in Osteuropa den Austausch über die Grenzen ihres Landes hinaus ermöglichen kann und dass dieser dann nicht nur mit osteuropäischen Staa-

ten, sondern auch mit den westlichen Ländern stattfindet. Ich habe mich sehr über die spannende Diskussion gefreut und bedanke mich bei der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Einladung und die — wie immer — ausgezeichnete Organisation.

## SOLIDARITÄT MIT DEN FRIEDENSPROTESTEN IM IRAN



Die Bevölkerung im Iran stellt die Systemfrage, ruft nach Freiheit und Gerechtigkeit, stellt sich einem diktatorischen und theokratischen System entgegen. Der Tod der jungen Mahsa Zhina Amini bleibt unvergessen. Wir stehen an der Seite der Menschen in ihrem Kampf nach Freiheit. Wir sagen klar Nein zu den gewaltvollen Unterdrückungen des Regimes. Die SPD-Bundestagsfraktion erklärt sich solidarisch mit den Protestierenden im Iran und gemeinsam drücken wir das mit dieser Aktion aus.

### Wir entlasten Gerichte und sorgen für Bürokratieabbau

Die bei den Amtsgerichten geführten Güterrechtsregister, in die auf Antrag von Ehegatten Eintragungen über deren güterrechtliche Verhältnisse vorgenommen werden, sind weitgehend funktionslos geworden. Der Aufwand für die Führung des Registers steht in keinem Verhältnis mehr zu seiner geringen rechtlichen und schwindenden praktischen Bedeutung. Daher hat die Bundesregierung ein Gesetz zur Abschaffung des Güterregisters auf den Weg gebracht. Es dient der Entlastung der Gerichte und dem Bürokratieabbau.

Mit Blick auf den Vertrauensschutz der Eingetragenen ist eine Übergangsfrist von fünf Jahren vorgesehen, in der die Eintragung gegenüber Dritten weiter gilt. Zudem sieht dieser Gesetzentwurf eine insolvenzrechtliche Änderung vor. Der Insolvenzantragsgrund der Überschuldung soll für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 2023 auf einen viermonatigen, statt derzeit zwölfmonatigen Prognosezeitraum bezogen werden. Damit soll verhindert werden, dass Geschäftsleiter:innen gezwungen werden, Unternehmen in Insolvenzverfahren zu führen, an deren Fortbestand ohne die steigenden Preise, keine Zweifel bestünden.

### Die Sozialversicherung wird digitaler und effizienter

Durch eine Änderung des Vierten Sozialgesetzbuches und anderer Gesetze plant die Bundesregierung, mehrere Verfahren und Vorgaben in der Sozialversicherung effektiver, digitaler und weniger bürokratisch auszugestalten. Leistungsberechtigte sollen die ihnen zustehenden Leistungen umfassend und zügig erhalten. Den Gesetzentwurf der Bundesregierung beraten wir in dieser Woche in 1. Lesung.

So ist geplant, dass die Pflicht zur Vorlage eines Sozialversicherungsausweises entfällt – stattdessen kann der Arbeitgeber künftig automatisch die Versicherungsnummer bei der Datenstelle

der Rentenversicherung abrufen. Elternzeiten sollen durch ein elektronisches Meldeverfahren durch den Arbeitgeber an die Sozialversicherungsträger mitgeteilt werden. Zudem soll eine einheitliche gesetzliche Grundlage zur Bescheinigungspflicht von Arbeitgebern geschaffen werden, um Bürger:innen sowie Arbeitgeber bei der Bearbeitung zu entlasten.

Darüber hinaus sieht der Gesetzentwurf vor, dass die Zuverdienstgrenze bei vorgezogenen Altersrenten abgeschafft wird. Damit wird der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand weiter flexibilisiert. Bei Erwerbsgemeinschaften werden die Zuverdienstgrenzen deutlich angehoben. Für Künstler:innen, die über die Künstlersozialkasse versichert sind, ist eine Anschlussregelung zu der pandemiebedingt befristet erhöhten Zuverdienstgrenze bei nicht-künstlerischen selbstständigen Tätigkeiten vorgesehen. Die bisherige Regelung läuft zum Ende des Jahres aus. Zudem soll der Versicherungsschutz für Berufsanfänger:innen in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung weiterentwickelt werden.

### Das Weddellmeer zum Schutzgebiet machen

Als eines der letzten nahezu unberührten Ökosysteme der Erde mit mehr als 14.000 Tierarten gilt das Weddellmeer in der Antarktis als Schatzkammer der Artenvielfalt. Der Klimawandel und das damit einhergehende Abschmelzen der Eisschicht sowie zunehmender kommerzieller Fischfang machen sich in dieser Region immer bemerkbarer. Seit 2016 setzen sich die Europäische Union und Deutschland bei der „Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis“ dafür ein, das Weddellmeer als Schutzgebiet auszuweisen. Ein entsprechender Antrag ist letzten Herbst in der Kommission zum wiederholten Mal an der Blockadehaltung von China und Russland gescheitert.

Im Oktober wird die Kommission erneut über den Vorschlag abstimmen. Die Regierungsfractionen sowie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzen sich in ihrem Antrag dafür ein, den Vorschlag weiterhin zu unterstützen.

### Mehr Rechtssicherheit bei der Umwandlung von Unternehmen

Die Bundesregierung bringt in dieser Woche einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der EU-Umwandlungsrichtlinie über grenzüberschreitende Umwandlungen in den Bundestag ein. Für grenzüberschreitende Verschmelzungen, Spaltungen und Formwechsel von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung soll ein rechtssicheres europaweit kompatibles Verfahren eingeführt werden, bei dem die beteiligten Handelsregister digital miteinander kommunizieren.

Daneben enthält der Regierungsentwurf eine Reihe von Erleichterungen für innerstaatliche Umwandlungen von Unternehmen. Bei grenzüberschreitenden und innerstaatlichen Umwandlungen sollen die Rechte der Minderheitsgesellschafter vereinheitlicht werden. Die Ungleichbehandlung von Minderheitsgesellschaftern übertragender und übernehmender Gesellschaften bei einer Verschmelzung soll beendet werden. Das Spruchverfahren steht künftig beiden Gruppen von Minderheitsgesellschaftern zur Verfügung. Zudem soll der Schutz der Gesellschaftsgläubiger im Umwandlungsverfahren gestärkt und ihr Rechtsschutz effizient ausgestaltet werden. Für uns ist besonders wichtig, dass durch die Umsetzung der europäischen Richtlinie die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer:innen gewahrt bleiben. Dazu gehört auch, dass Arbeitnehmer:innen bei grenzüberschreitenden Umwandlungen ihres Unternehmens von ihrem Arbeitgeber frühzeitig und umfassend informiert werden, um ihre Rechte effektiv wahrnehmen zu können.

**BESUCHERGRUPPEN IN BERLIN**

**Auszubildende der Firma REINTJES aus Hameln**



**Familie Nawroth aus Holzminden**



**Familie Klute aus Groß Berkel**



**Familie Oppermann aus Hameln**



**Büro Hameln**  
 Heiliggeiststraße 2  
 31785 Hameln  
 05151 107 33 99

**Büro Holzminden**  
 Obere Str. 44  
 37603 Holzminden  
 05531 5030

**Büro Berlin**  
 Platz der Republik 1  
 11011 Berlin  
 030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de

johannes.schraps@bundestag.de

**V.i.s.d.P:**

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Autorinnen und Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Martin Drelichowski, Lea Feldhaus, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva